

BRUTTOINLANDS- PRODUKT 2004 FÜR DEUTSCHLAND

**Informationsmaterialien zur Pressekonferenz
am 13. Januar 2005 in Wiesbaden**

Impressum

Herausgeber: Statistisches Bundesamt – Pressestelle, Wiesbaden



Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen.

Wenden Sie sich hierzu bitte an:
Gruppe III A „Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“
Telefon: 06 11 / 75 - 26 26
Telefax: 06 11 / 75 - 39 52
E-Mail: vgr-bip-auskunft@destatis.de

oder an die Pressestelle:
Telefon 06 11 / 75 - 34 44
Telefax 06 11 / 75 - 39 76
E-Mail: presse@destatis.de

Grundlage der vorliegenden Broschüre sind die anlässlich der Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes am 13. Januar 2005 in Wiesbaden veröffentlichten Daten.



Ein kostenfreier Download der Broschüre im PDF-Format sowie weitere Informationen zum Thema der vorliegenden Publikation sind in der Internetpräsentation des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) unter der Rubrik „Presse -> Presseveranstaltungen“ veröffentlicht.

Weitere Informationen zum Thema „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ finden Sie auch auf der gleichnamigen Themenseite der Homepage des Statistischen Bundesamtes.



Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.destatis.de>

oder bei unserem journalistischen Informationsservice:

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11 / 75 - 34 44
- Telefax: 06 11 / 75 - 39 76
- E-Mail: presse@destatis.de

Erschienen im Januar 2005.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Statist. Bundesamt - Bibliothek



11-02801

(04-00225)

Teil A: Schaubilder und Tabellen**Inhalt**

Schaubild 1: Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2004	3
Tabelle 1: Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2004 in jeweiligen Preisen	4
Schaubild 2: Nominales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland von 1991 bis 2004	5
Schaubild 3: Wirtschaftswachstum in Deutschland von 1951 bis 2004	6
Schaubild 4: Gesamtwirtschaftliche Konjunkturdaten für Deutschland 2004	7
Schaubild 5: Konjunkturzyklen in Deutschland von 1992 bis 2004 (Wachstum, Preisanstieg, Erwerbslosigkeit)	8
Schaubild 6: Beiträge der Verwendungsaggregate zum Wirtschaftswachstum 2003 und 2004	9
Schaubild 7: Reales Bruttoinlandsprodukt 2003 und 2004 im internationalen Vergleich (EU, Japan und USA)	10
Schaubild 8: Reales Bruttoinlandsprodukt 2003 und 2004 im internationalen Vergleich (EU25-Beitrittsländer)	11
Schaubild 9: Finanzierungssaldo des Staates von 1991 bis 2004	12
Tabelle 2: Finanzierungssaldo des Staates von 1991 bis 2004	13
Schaubild 10: Staatliche Finanzierungssalden im internationalen Vergleich 2004 und Durchschnitt 2000 bis 2003 (EU, Japan und USA)	14
Schaubild 11: Staatliche Finanzierungssalden im internationalen Vergleich 2004 und Durchschnitt 2000 bis 2003 (EU25-Beitrittsländer)	15
Schaubild 12: Staatliche Finanzierungssalden der EU15-Mitgliedstaaten sowie Maximum- und Minimumwert seit 1999	16
Schaubild 13: Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Kopf in Deutschland von 1992 bis 2004	17
Schaubild 14: Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Stunde in Deutschland von 1992 bis 2004	18
Schaubild 15: Verdienst in Deutschland von 1992 bis 2004	19
Schaubild 16: Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland von 1992 bis 2004	20
Schaubild 17: Konsum und Sparen in Deutschland von 1992 bis 2004	21

Teil B: Kurze Erläuterungen zu ausgewählten Aspekten

1 Außenbeitrag	22
2 Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt	23
3 Erwerbslose und registrierte Arbeitslose	25
4 Einnahmen und Ausgaben des Staates	26
5 Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft	27
6 Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) 2005	29
7 Die neue ILO-Arbeitsmarktstatistik	31

Teil A: Schaubilder und Tabellen**Inhalt**

Schaubild 1: Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2004	3
Tabelle 1: Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2004 in jeweiligen Preisen	4
Schaubild 2: Nominales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland von 1991 bis 2004	5
Schaubild 3: Wirtschaftswachstum in Deutschland von 1951 bis 2004	6
Schaubild 4: Gesamtwirtschaftliche Konjunkturdaten für Deutschland 2004	7
Schaubild 5: Konjunkturzyklen in Deutschland von 1992 bis 2004 (Wachstum, Preisanstieg, Erwerbslosigkeit)	8
Schaubild 6: Beiträge der Verwendungsaggregate zum Wirtschaftswachstum 2003 und 2004	9
Schaubild 7: Reales Bruttoinlandsprodukt 2003 und 2004 im internationalen Vergleich (EU, Japan und USA)	10
Schaubild 8: Reales Bruttoinlandsprodukt 2003 und 2004 im internationalen Vergleich (EU25-Beitrittsländer)	11
Schaubild 9: Finanzierungssaldo des Staates von 1991 bis 2004	12
Tabelle 2: Finanzierungssaldo des Staates von 1991 bis 2004	13
Schaubild 10: Staatliche Finanzierungssalden im internationalen Vergleich 2004 und Durchschnitt 2000 bis 2003 (EU, Japan und USA)	14
Schaubild 11: Staatliche Finanzierungssalden im internationalen Vergleich 2004 und Durchschnitt 2000 bis 2003 (EU25-Beitrittsländer)	15
Schaubild 12: Staatliche Finanzierungssalden der EU15-Mitgliedstaaten sowie Maximum- und Minimumwert seit 1999	16
Schaubild 13: Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Kopf in Deutschland von 1992 bis 2004	17
Schaubild 14: Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Stunde in Deutschland von 1992 bis 2004	18
Schaubild 15: Verdienst in Deutschland von 1992 bis 2004	19
Schaubild 16: Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland von 1992 bis 2004	20
Schaubild 17: Konsum und Sparen in Deutschland von 1992 bis 2004	21

Teil B: Kurze Erläuterungen zu ausgewählten Aspekten

1 Außenbeitrag	22
2 Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt	23
3 Erwerbslose und registrierte Arbeitslose	25
4 Einnahmen und Ausgaben des Staates	26
5 Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft.....	27
6 Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) 2005	29
7 Die neue ILO-Arbeitsmarktstatistik	31

Schaubild 1

Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts
am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2004¹⁾



Deutschland
29%
2 178,2 Mrd. Euro

1) Prognose der EU-Kommission/eigene Berechnung (Schätzung).

Tabelle 1

**Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2004
in jeweiligen Preisen**

	Mrd. Euro
Bruttoinlandsprodukt	2 178,20
Private Konsumausgaben	1 271,01
Konsumausgaben des Staates	406,80
Bruttoinvestitionen	383,61
Bruttoanlageinvestitionen	377,23
Ausrüstungen	146,84
Bauten	205,74
Sonstige Anlagen	24,65
Vorratsveränderungen	6,38
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	116,78

© Statistisches Bundesamt, Pressestelle, Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht

Schaubild 2

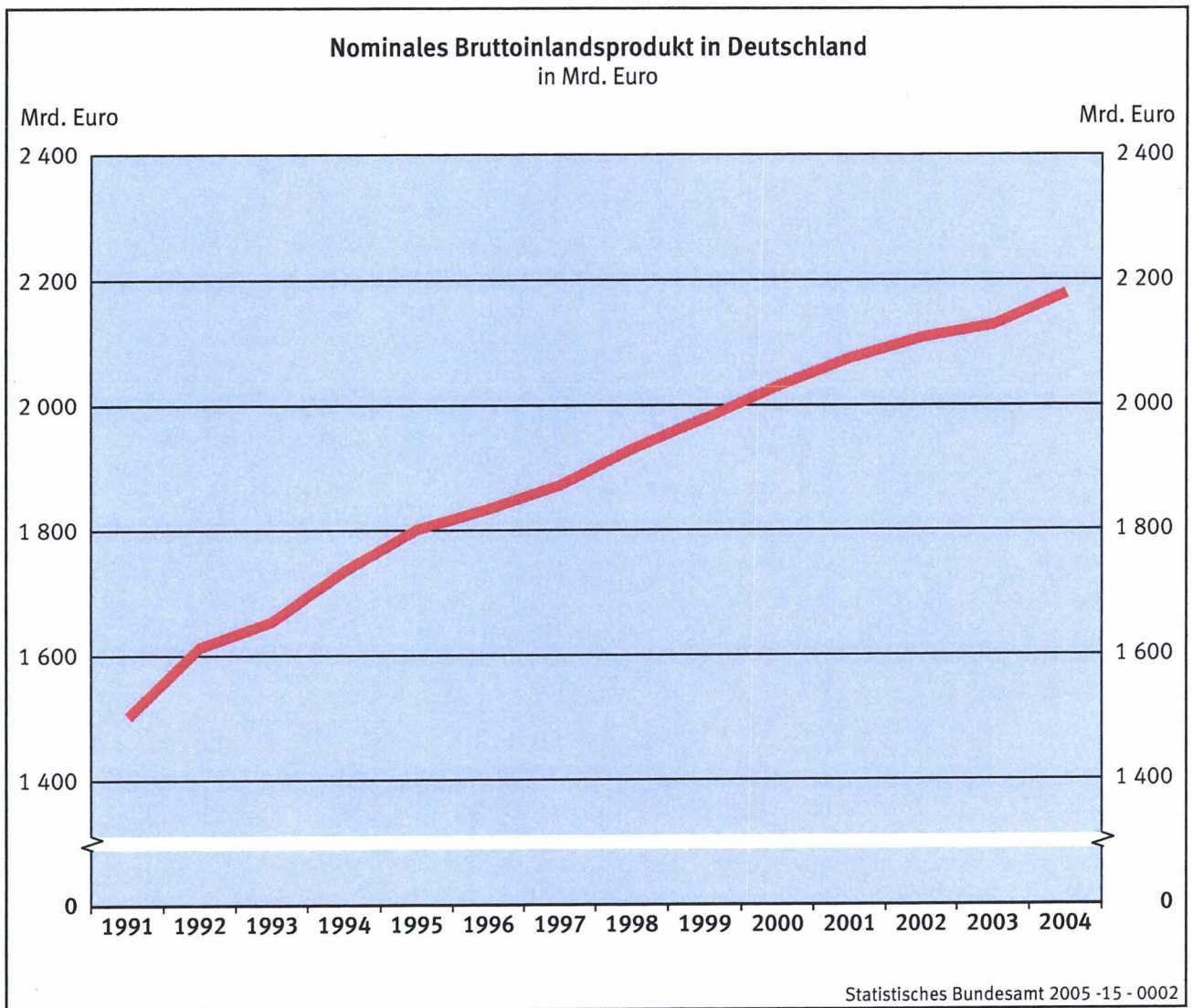


Schaubild 3

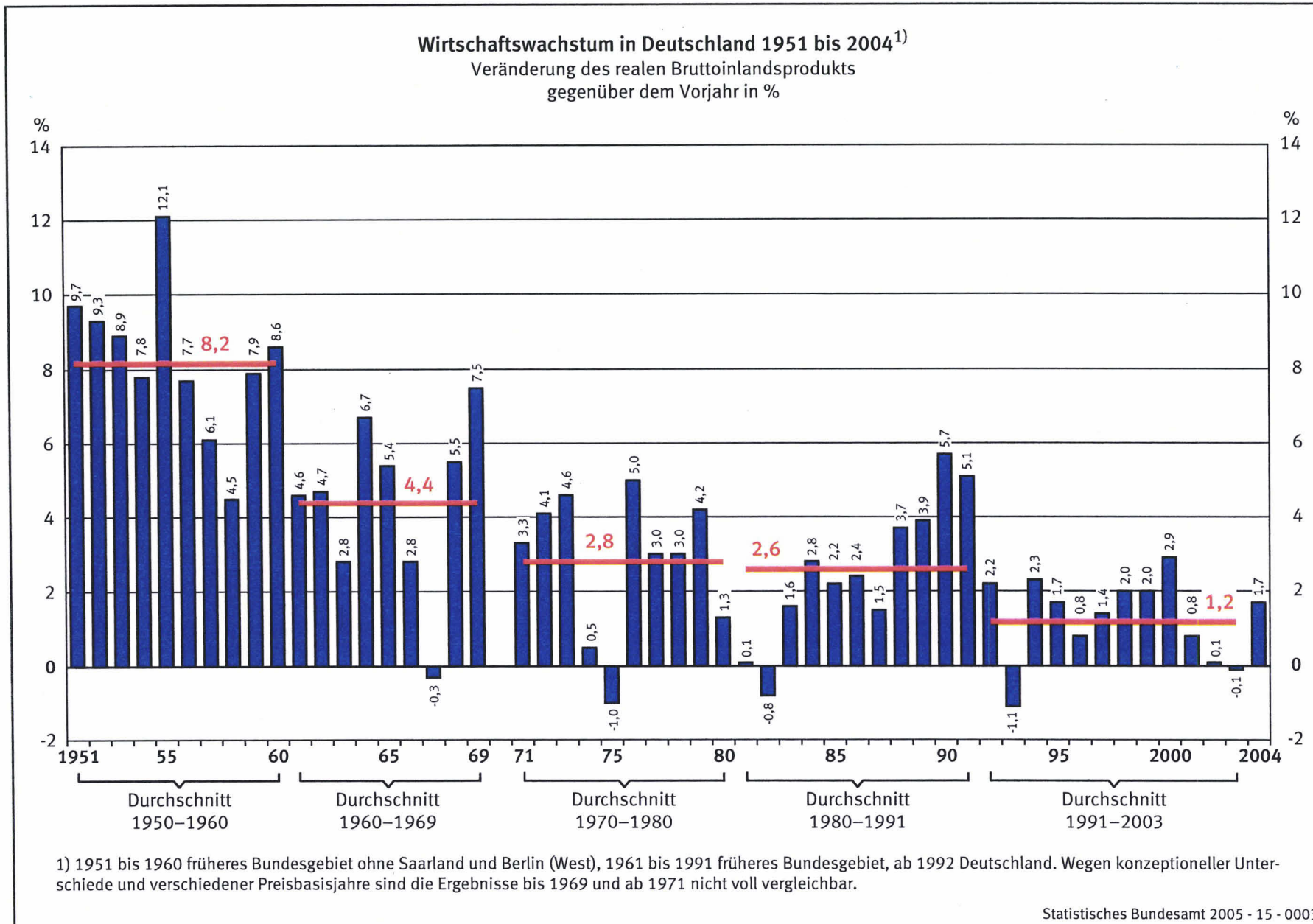


Schaubild 4

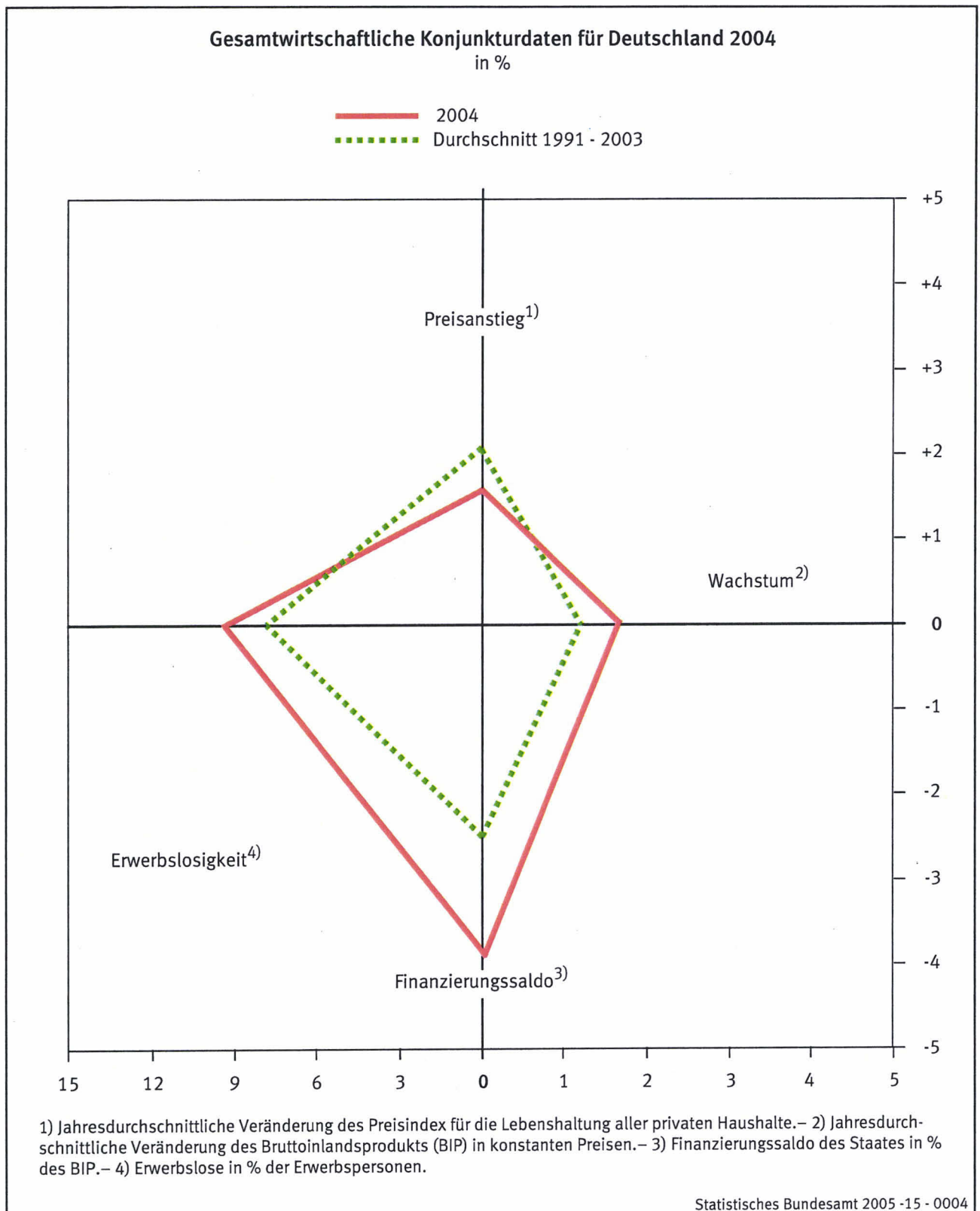


Schaubild 5

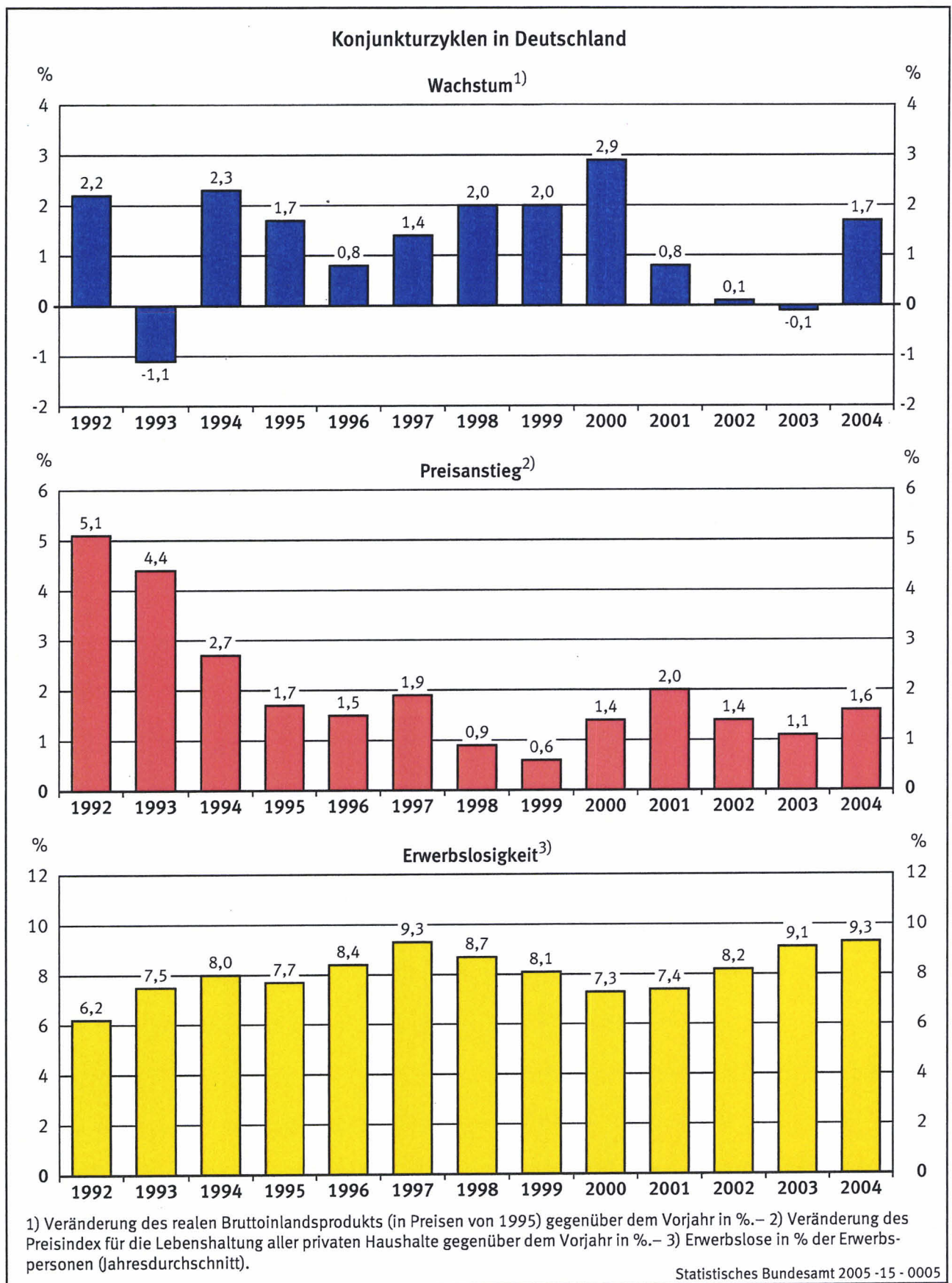
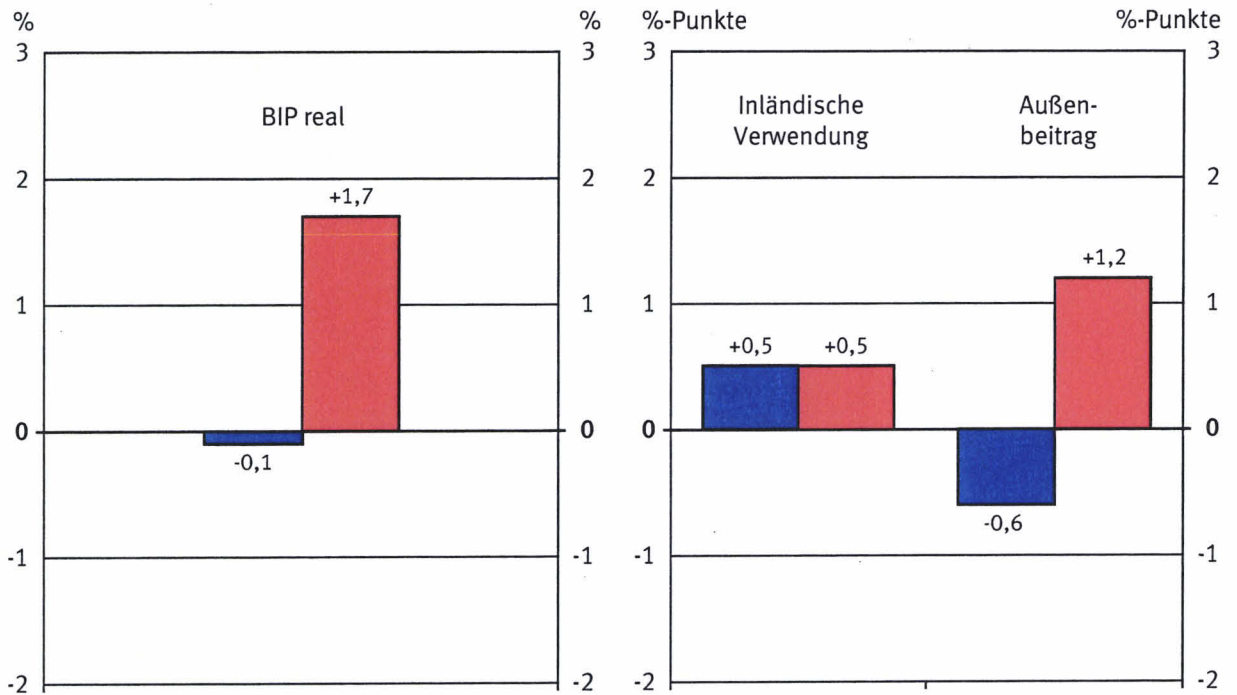


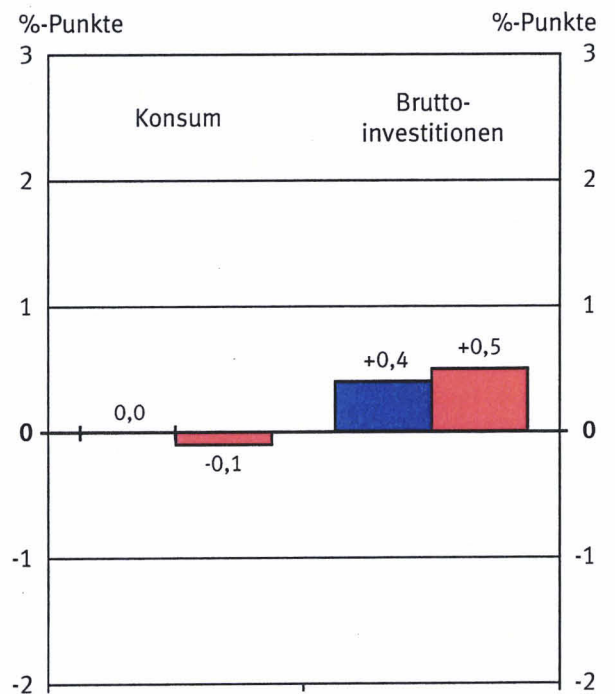
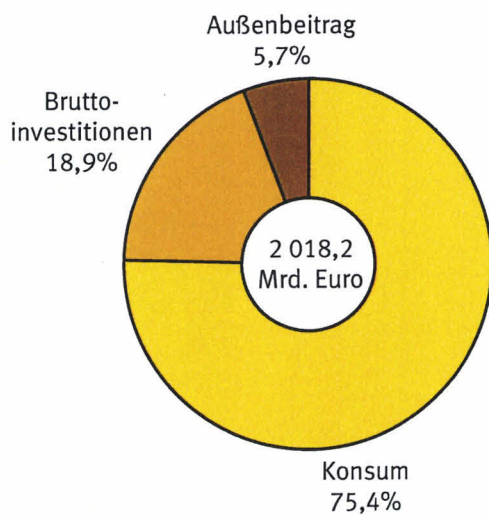
Schaubild 6

Beiträge der Verwendungsaggregate zum Wirtschaftswachstum

2003 2004



Anteile am realen Bruttoinlandsprodukt 2004



Statistisches Bundesamt 2005 - 15 - 0006

Schaubild 7

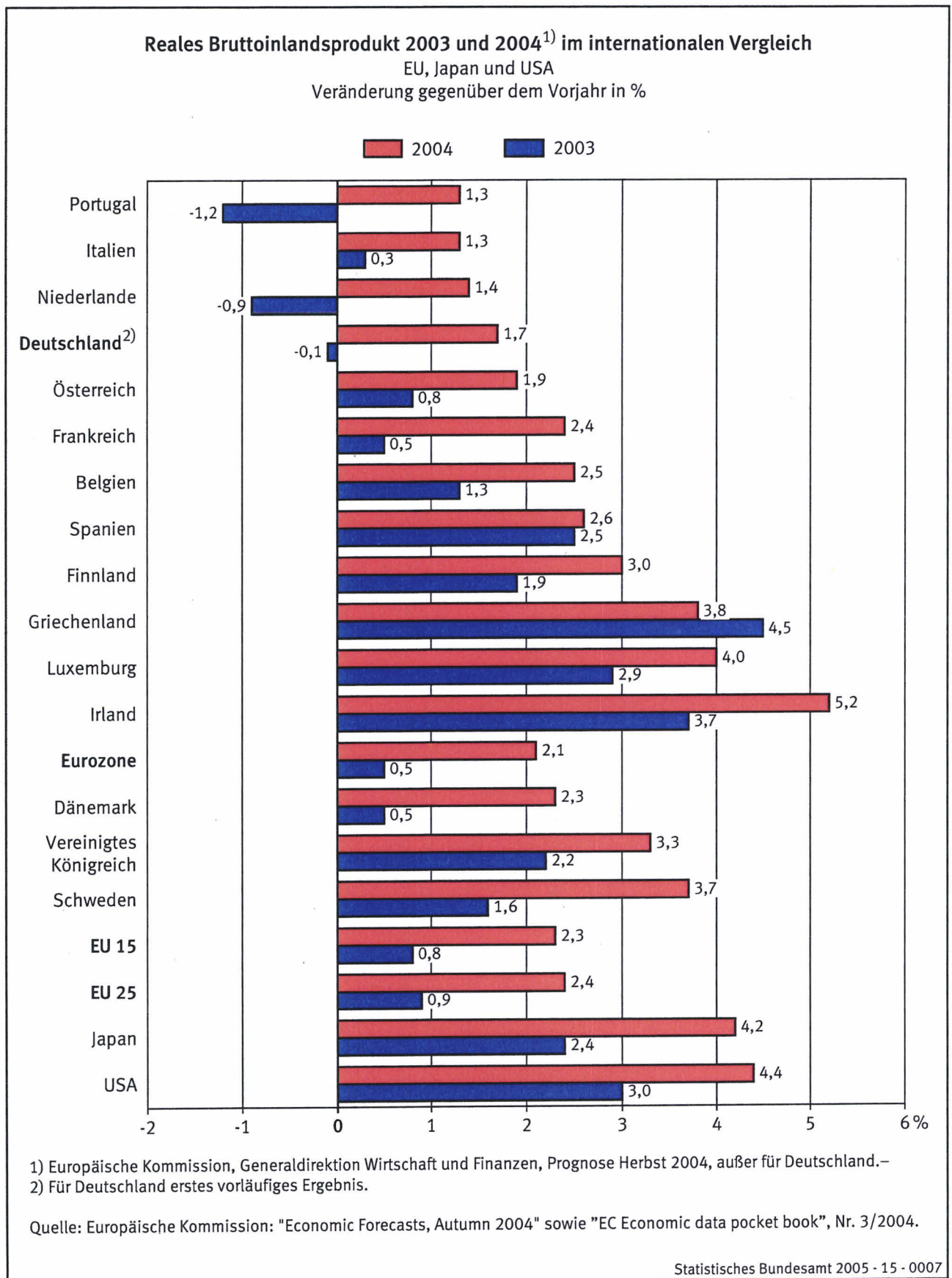


Schaubild 8

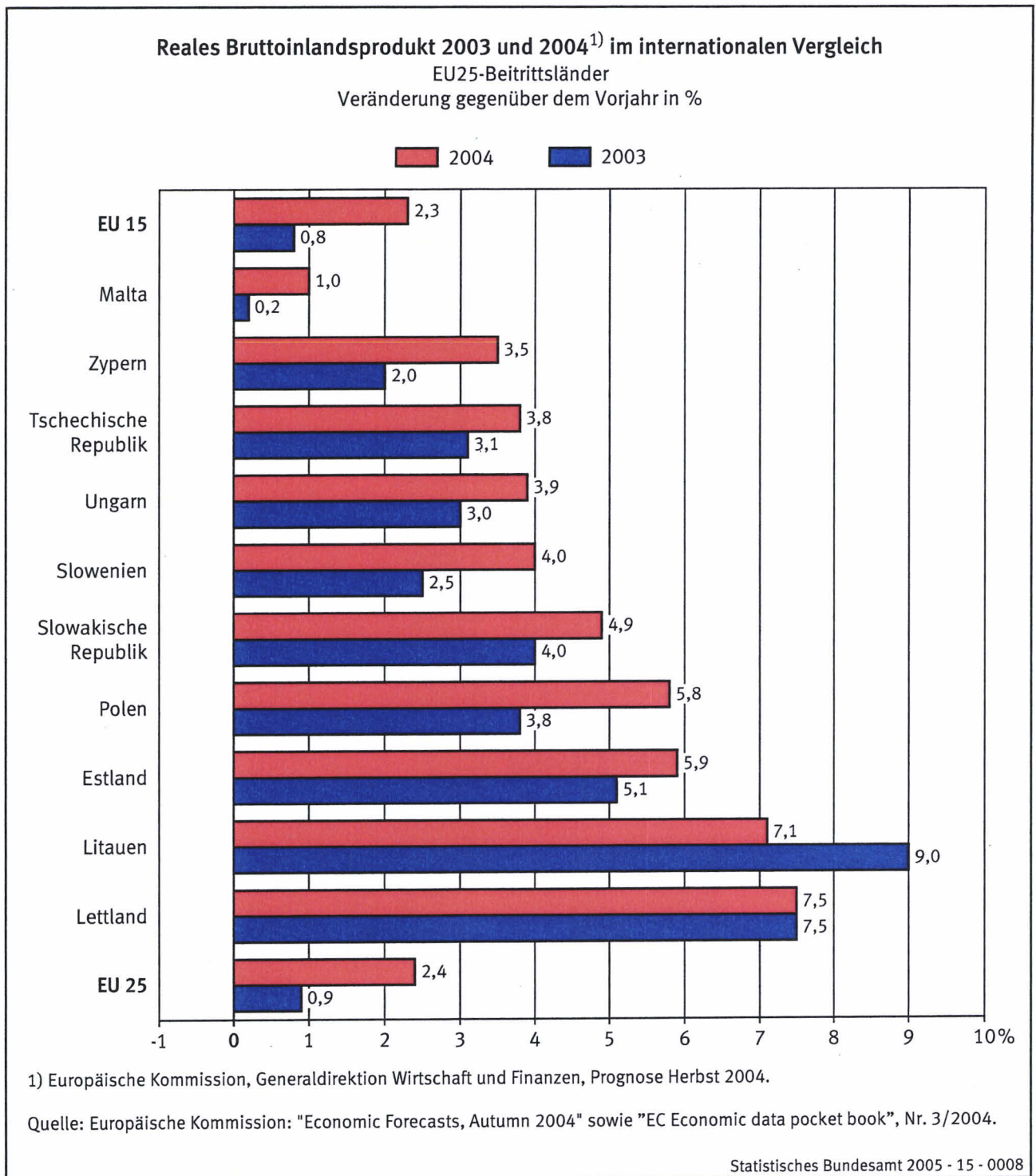


Schaubild 9

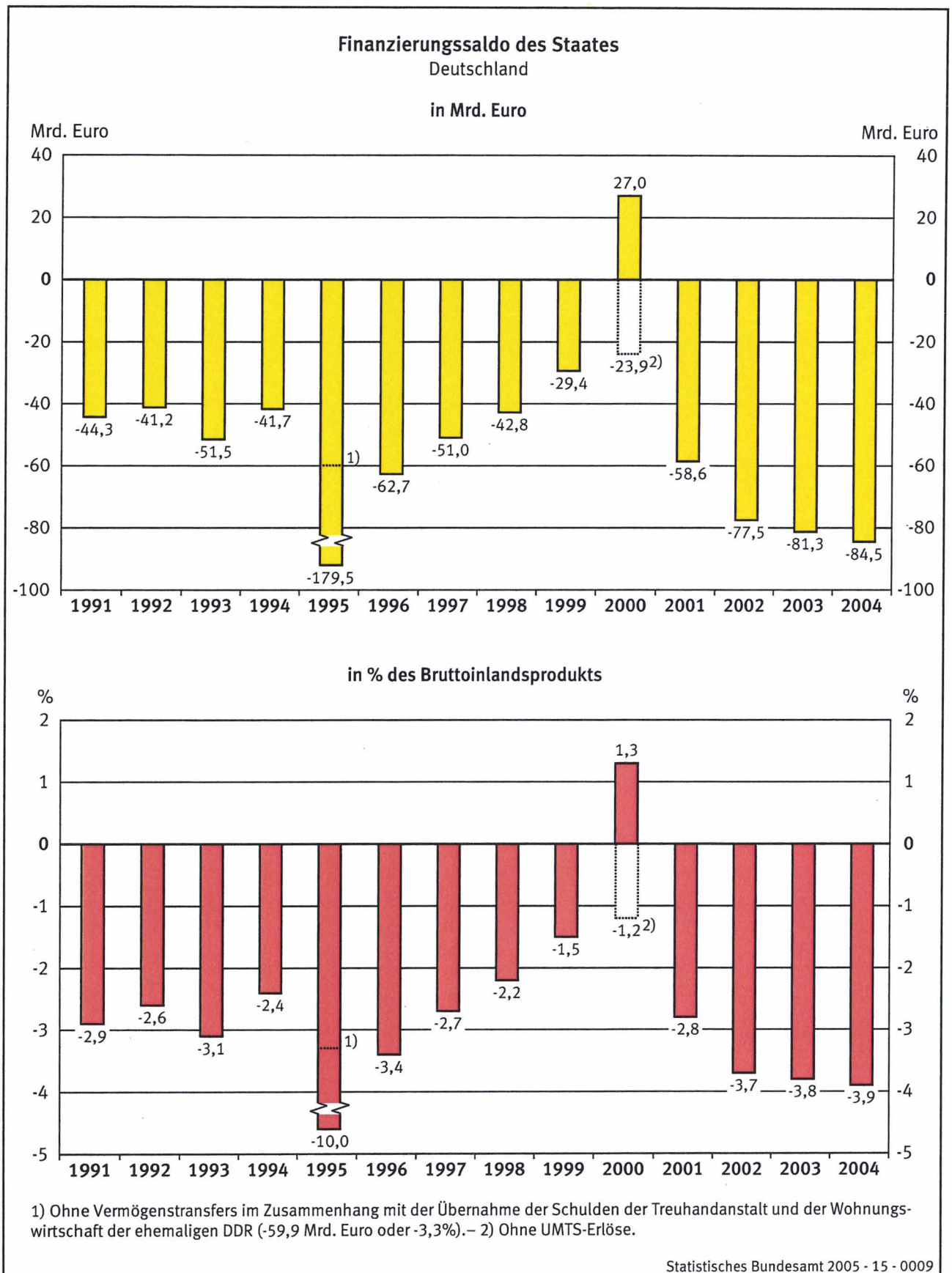


Tabelle 2

Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾
Deutschland

Jahr ²⁾	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherung	Staat	
	Mrd. Euro					in % des BIP
1991	- 48,4	- 8,8	+ 1,9	+ 11,0	- 44,3	- 2,9
1992	- 24,8	- 11,1	- 3,6	- 1,7	- 41,2	- 2,6
1993	- 35,5	- 17,0	- 2,0	+ 3,1	- 51,5	- 3,1
1994	- 19,4	- 21,3	- 2,9	+ 1,9	- 41,7	- 2,4
1995 ³⁾	- 26,6	- 21,3	- 4,4	- 7,6	- 59,9	- 3,3
1996	- 34,5	- 20,7	- 0,8	- 6,6	- 62,7	- 3,4
1997	- 30,1	- 22,0	- 0,0	+ 1,1	- 51,0	- 2,7
1998	- 35,5	- 14,1	+ 4,2	+ 2,7	- 42,8	- 2,2
1999	- 30,5	- 9,6	+ 5,3	+ 5,4	- 29,4	- 1,5
2000	+ 28,0	- 7,1	+ 5,4	+ 0,6	+ 27,0	+ 1,3
2001	- 28,5	- 25,8	- 0,4	- 3,9	- 58,6	- 2,8
2002	- 35,9	- 31,5	- 3,2	- 6,9	- 77,5	- 3,7
2003	- 39,6	- 31,5	- 3,3	- 7,0	- 81,3	- 3,8
2004	- 53,7	- 31,2	+ 0,6	- 0,1	- 84,5	- 3,9

1) Nach den Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995.

2) Ab 2001 vorläufiges Ergebnis.

3) Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR.

Schaubild 10

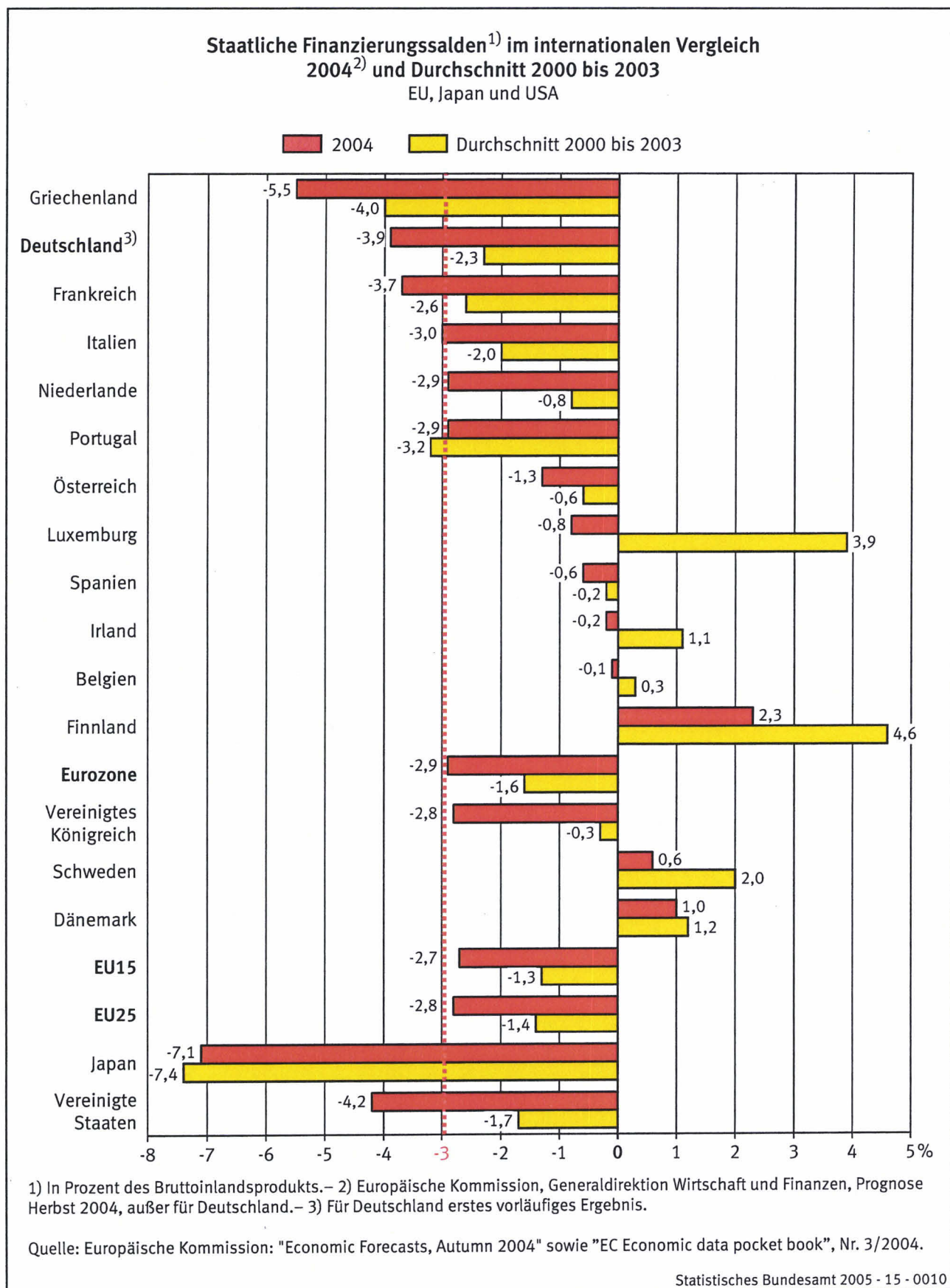


Schaubild 11

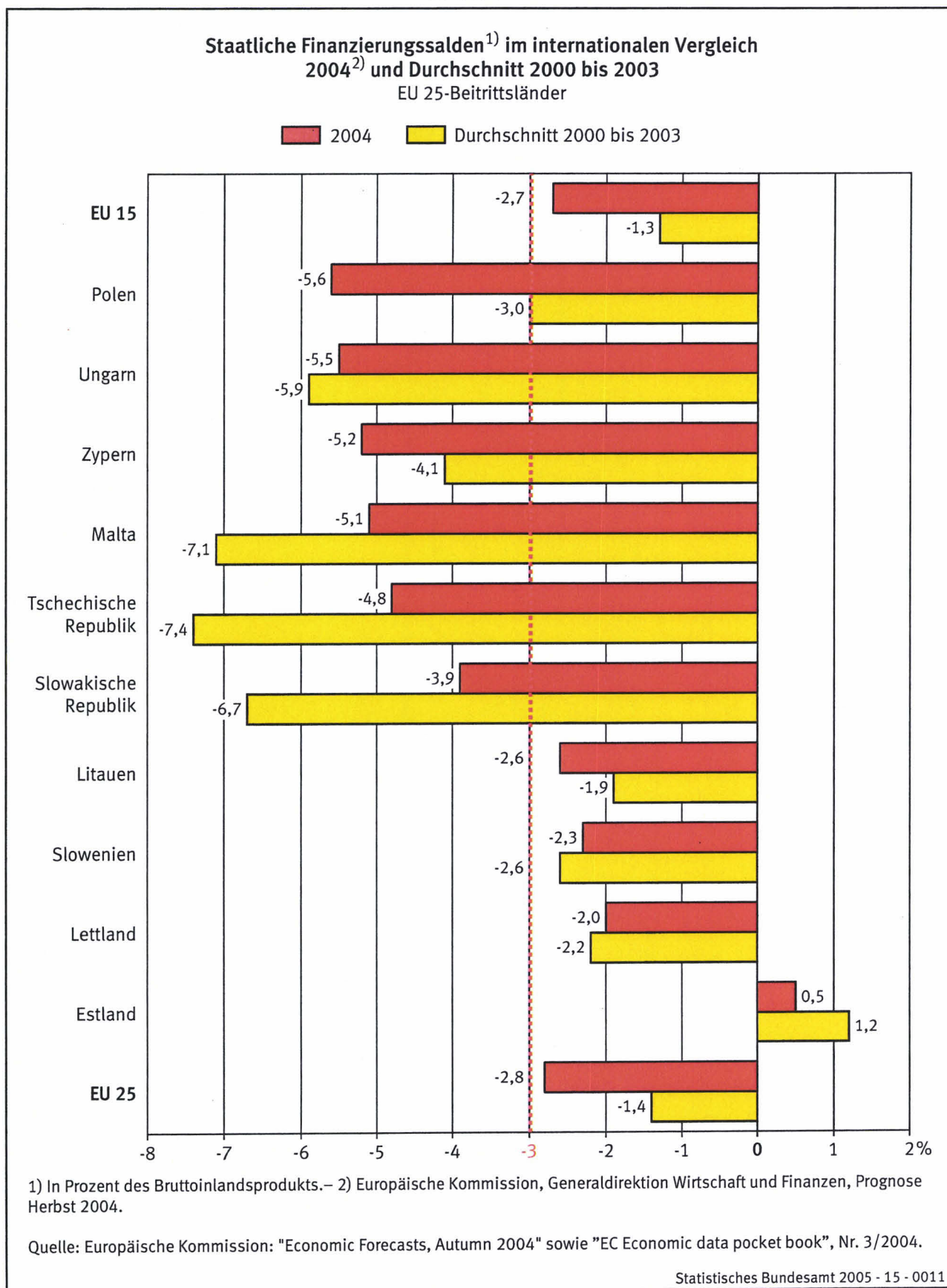


Schaubild 12

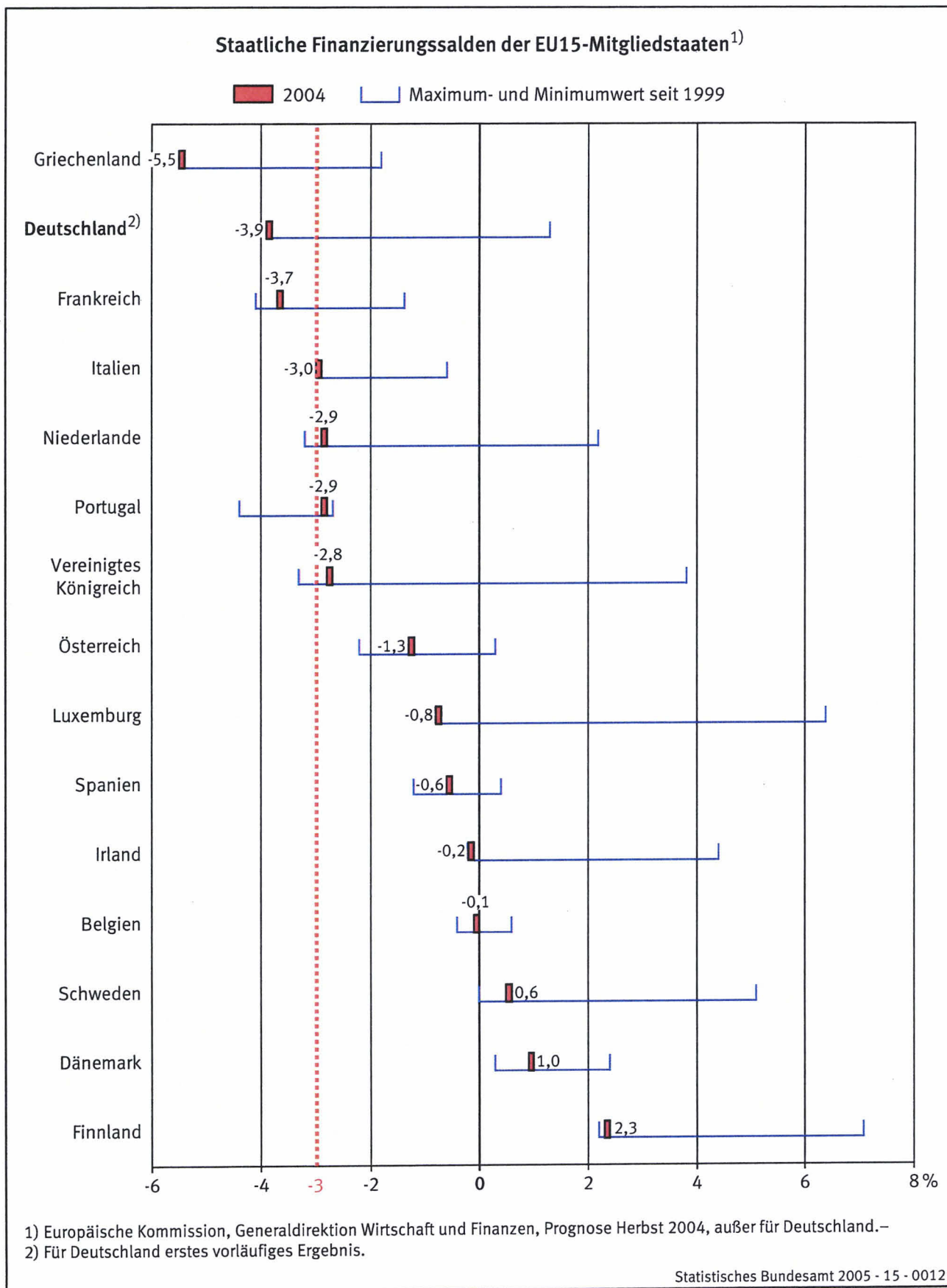


Schaubild 13

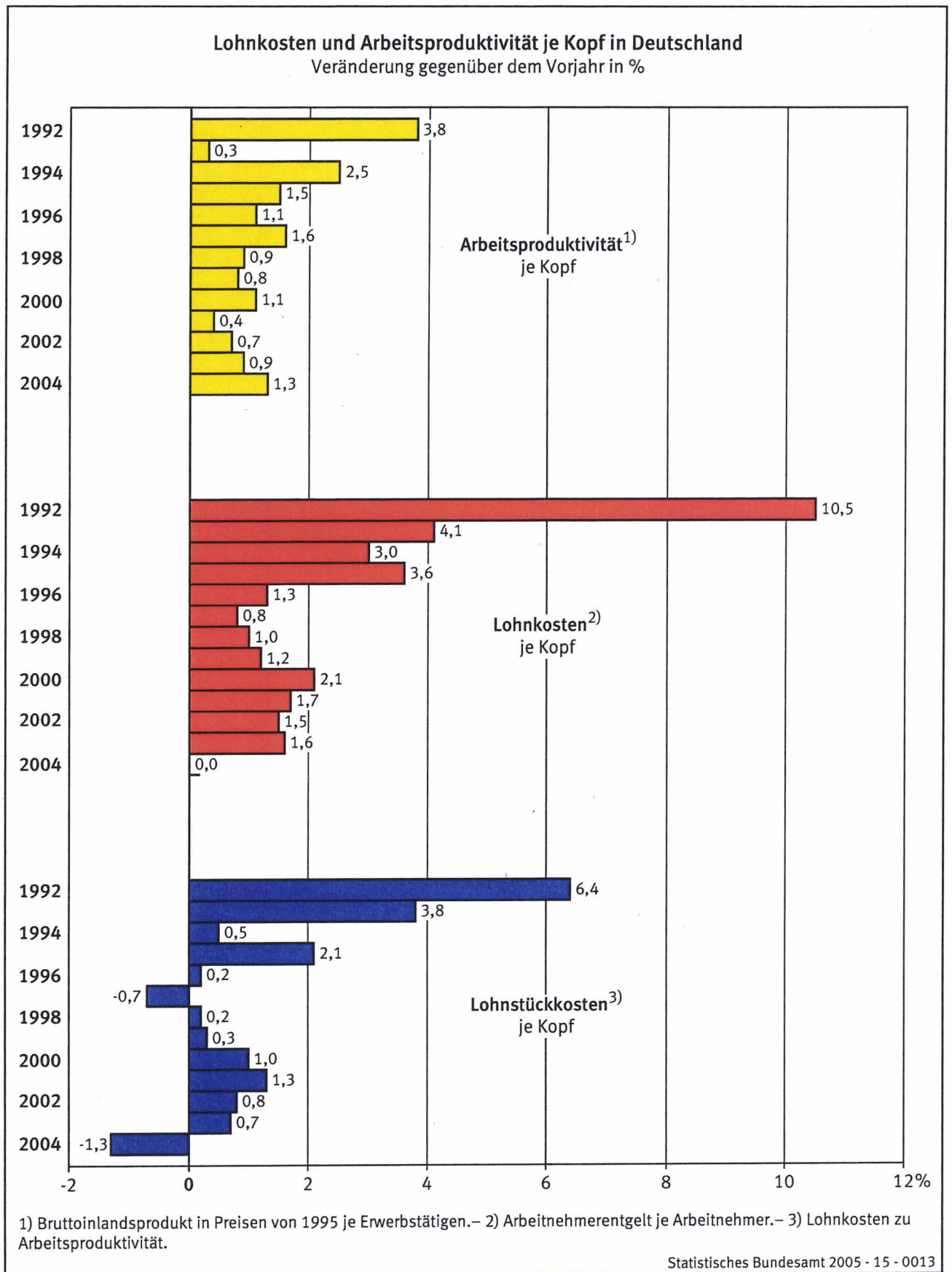


Schaubild 14

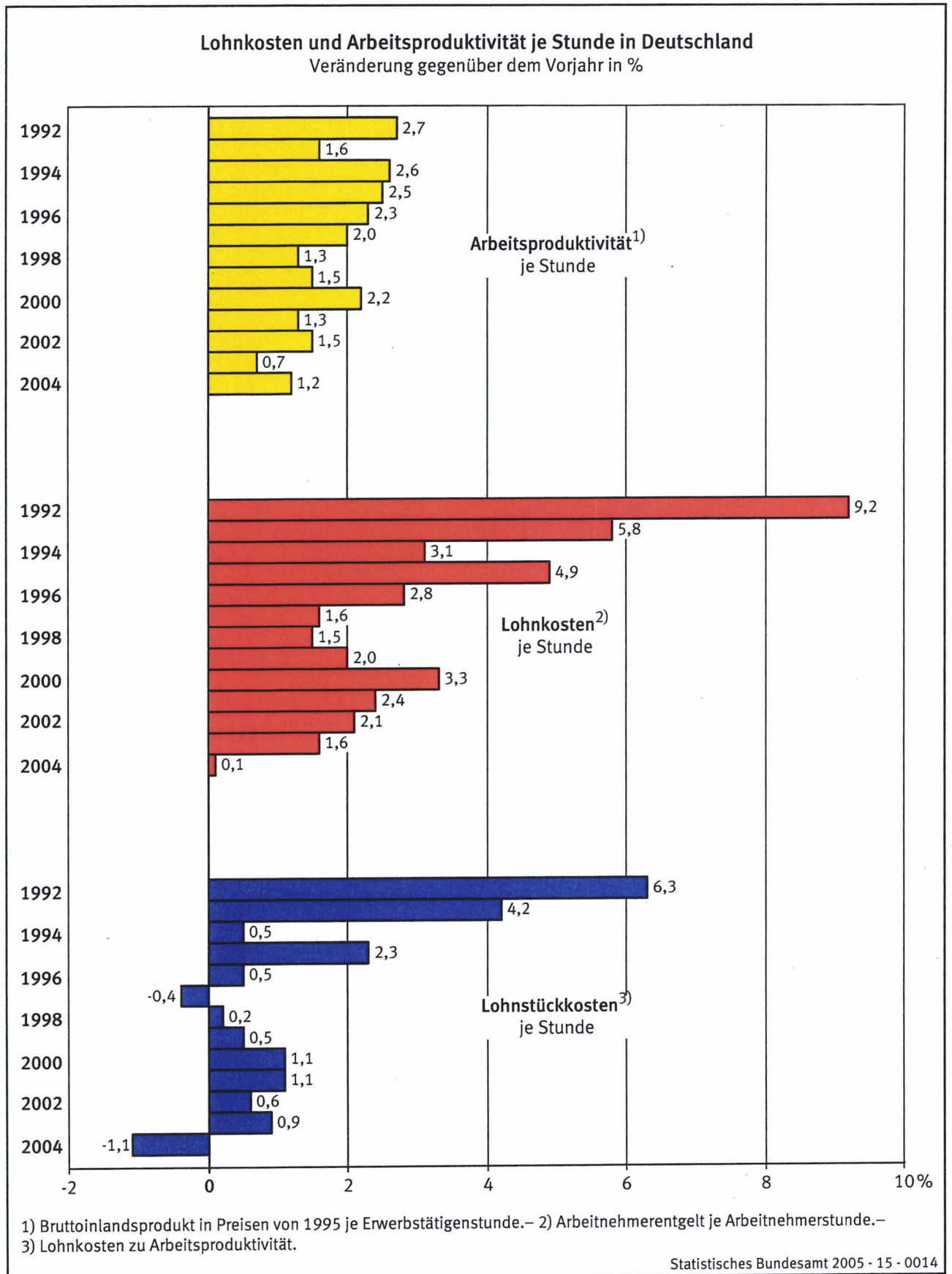


Schaubild 15

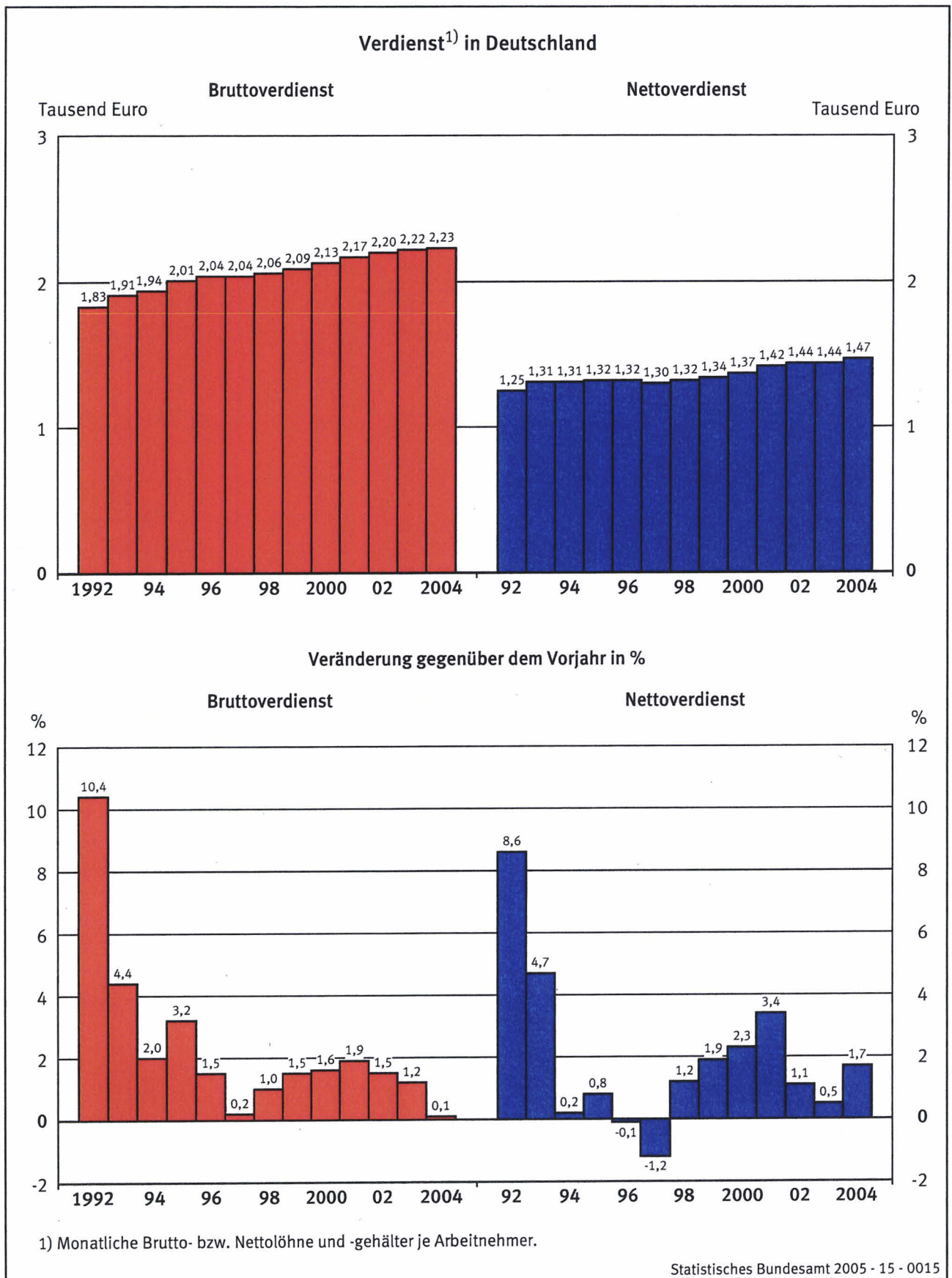


Schaubild 16

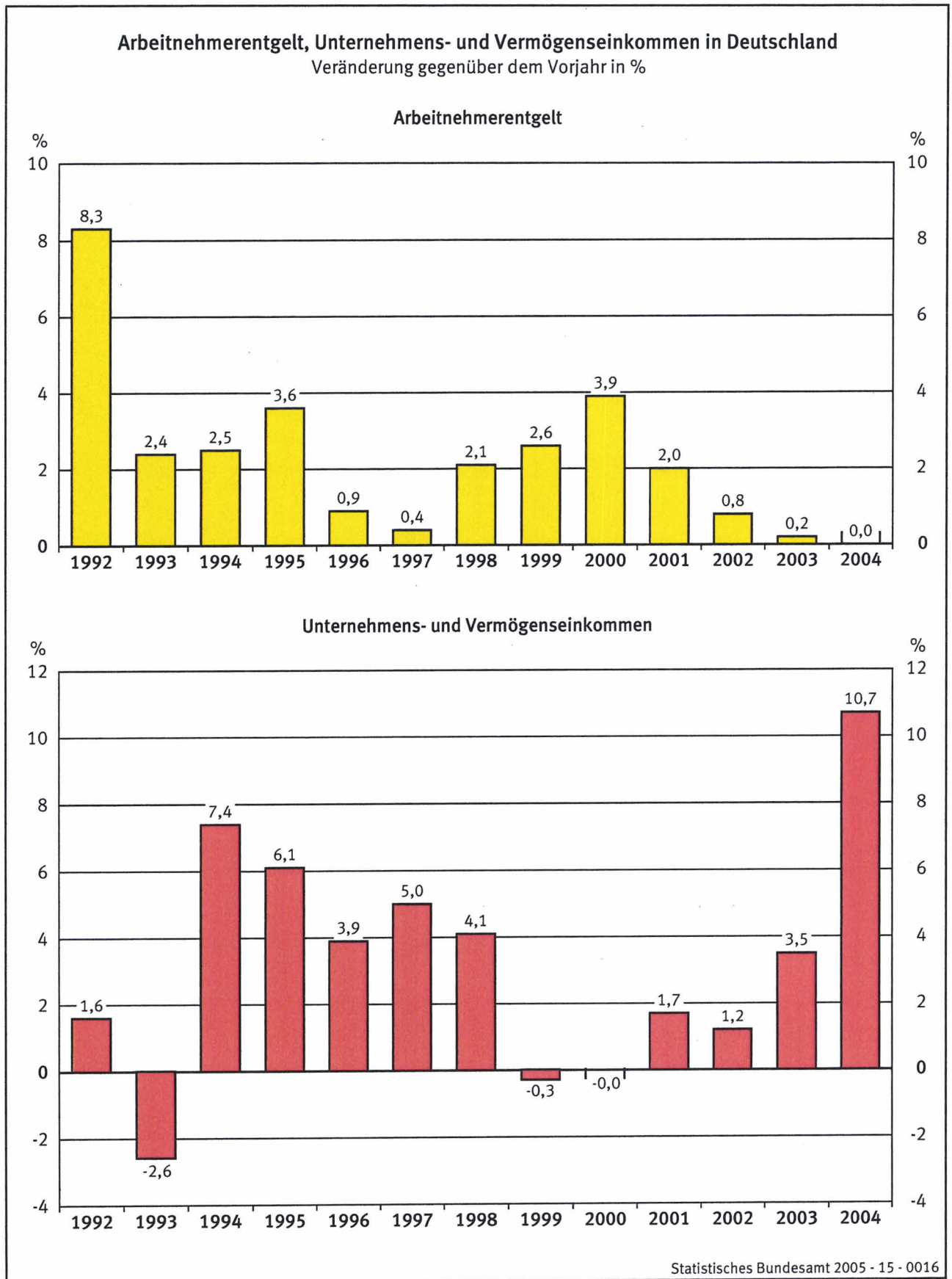
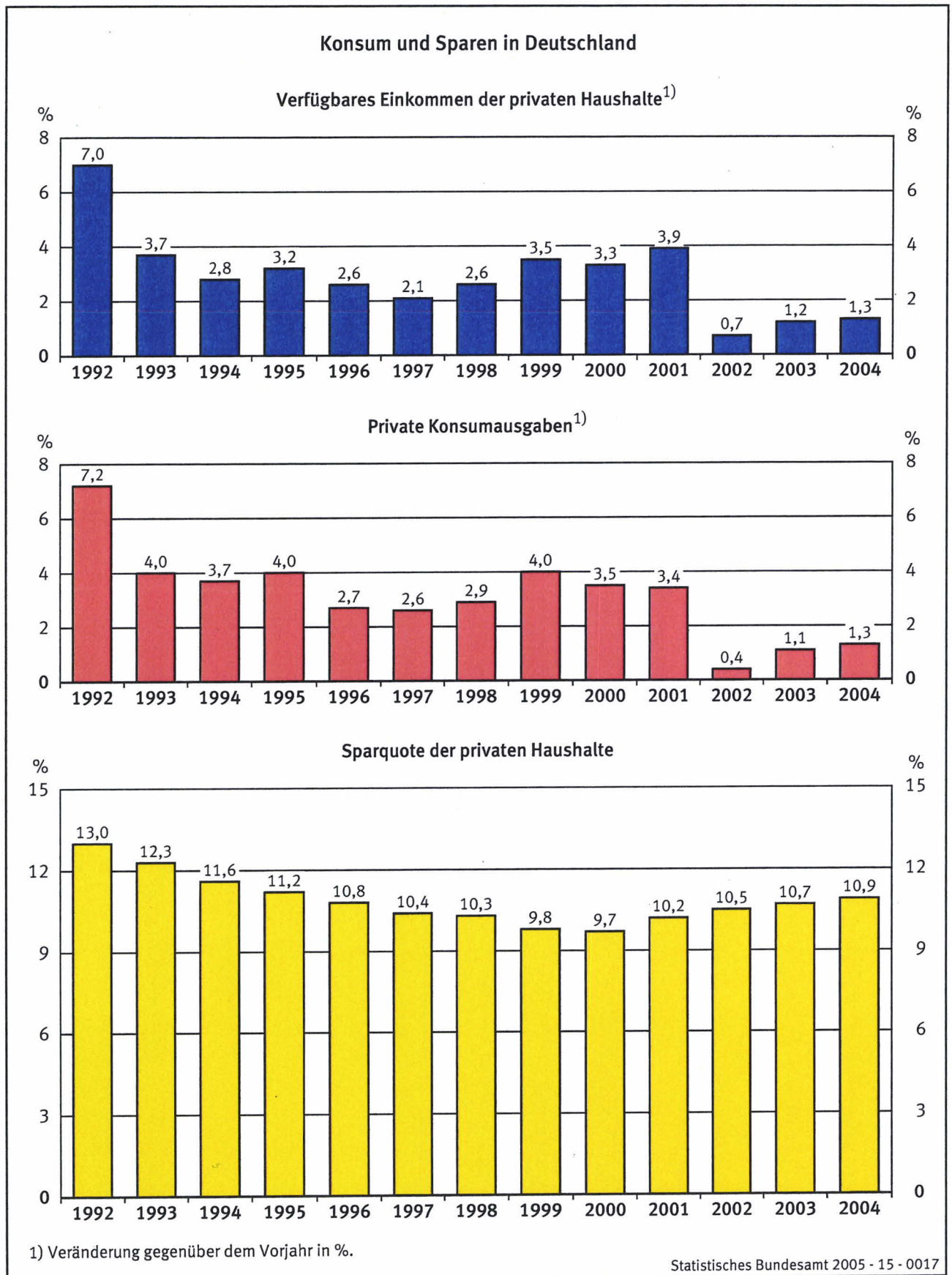


Schaubild 17



1 Außenbeitrag

Der Außenbeitrag im Waren- und Dienstleistungsverkehr (Exportüberschuss) betrug im Jahr 2004 in jeweiligen Preisen 116,8 Mrd. Euro nach 92,2 Mrd. Euro in 2003. Da der Anstieg des Exportüberschusses gegenüber dem Vorjahr stärker ausfiel als der des nominalen BIP, erhöhte sich der BIP-Anteil des Exportüberschusses auf 5,4% (nach 4,2% in 2003). Der Exportüberschuss ergab sich aus einem Anstieg der Exporte um 8,2% und einer schwächeren Zunahme der Importe um 5,6%. Dies war der höchste Außenbeitrag, der bisher im wiedervereinigten Deutschland verzeichnet wurde.

Der Anstieg des Außenbeitrags 2004 insgesamt (+ 24,6 Mrd. Euro) setzte sich aus einer Steigerung des Überschusses im Warenhandel um 24,8 Mrd. Euro auf 158,6 Mrd. Euro und einer leichten Erhöhung des traditionellen Defizits im Dienstleistungsverkehr um 0,2 Mrd. Euro auf 41,8 Mrd. Euro zusammen.

In konstanten Preisen stieg der Außenbeitrag 2004 um 23,7 Mrd. Euro auf 115,2 Mrd. Euro. Dieser Anstieg des realen Außenbeitrags beruht auf einer preisbereinigten Zunahme der Exporte um 8,2% und einer niedrigeren realen Zunahme der Importe um 5,7%. Die Exportpreise veränderten sich dabei gegenüber dem Vorjahr nur leicht (- 0,0%), ebenso wie die Importpreise (- 0,1%). Die Terms of Trade verbesserten sich unmerklich gegenüber dem Vorjahr.

Bei regionaler Betrachtung der Exporte – hier liegen Ergebnisse der Außenhandelsstatistik für Januar bis Oktober 2004 vor – stieg die nominale Warenausfuhr in die EU-Länder um 10,2% im 10-Monats-Vergleich und die in Drittländer um 10,3%. Trotz des starken Euro stiegen die Exporte in die Vereinigten Staaten (+ 3,7%) und nach Japan (+ 7,8%). Überproportional erhöhte sich die Warenausfuhr nach China (+ 16,0%). Auch die Exporte in die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten insgesamt erhöhten sich 2004 deutlich um 9%, wobei insbesondere die Warenausfuhr nach Polen mit 15% überproportional stark zunahm.

Die regionale Aufgliederung der Wareneinfuhr zeigt im 10-Monats-Vergleich, dass die nominale Einfuhr aus den EU-Ländern um 6,8% zunahm. Etwas stärker stiegen die Importe von Waren aus Drittländern (+ 8,3%), wobei die Wareneinfuhr aus China (+ 25,0%) überproportional anstieg. Die Wareneinfuhr aus den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten stieg dagegen mit 1,7% nur relativ verhalten.

Die regionale Betrachtung des nominalen Handelsüberschusses zeigt, dass dieser vor allem aus dem Warenverkehr mit den EU-Ländern resultiert; aber auch im Warenverkehr mit den USA besteht weiterhin ein merklicher Handelsüberschuss. Im Warenhandel mit den zehn neuen Mitgliedstaaten konnte ein Exportüberschuss erwirtschaftet werden, allerdings ist die Aussagekraft der entsprechenden Daten wegen der Umstellung auf das Europäische Intrastat-System noch vermindert.

Ein hoher Außenbeitrag (Exportüberschuss) wirkt sich auf Wirtschaftsleistung und Wirtschaftswachstum in Deutschland positiv aus. Allerdings entspricht ein hoher Exportüberschuss nicht dem Ziel eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Denn ein deutscher Überschuss beruht auf Defiziten unserer Handelspartner. Letztere müssen solche Defizite durch Verkauf von (vornehmlich finanziellen) Aktiva oder Verschuldung bei deutschen Wirtschaftseinheiten finanzieren.

2 Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt

1. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2004 von 38,4 Mill. **Erwerbstätigen** erbracht. Das waren 128 000 Personen mehr (+ 0,3%) als ein Jahr zuvor. Damit kam es im Durchschnitt des Jahres 2004 erstmals seit dem Jahr 2001 wieder zu einem Anstieg der Erwerbstätigkeit im Vorjahresvergleich, nachdem sich in den Jahren 2003 und 2002 die Zahl der Erwerbstätigen um 1,0% beziehungsweise um 0,6% verringert hatte. Dabei wurde die Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Jahr 2004 durch die Reformen am Arbeitsmarkt im Rahmen der Hartz-Gesetze I und II (Ich-AGs und Mini-Jobs) sowie die seit Herbst 2004 gestartete Initiative „Arbeitsmarkt im Aufbruch (Zusatzjobs)“ im Vorgriff auf Hartz IV begünstigt. Die Anzahl der **Erwerbslosen** (in der Abgrenzung der internationalen Arbeitsorganisation) stieg im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um 82 000 Personen (+ 2,1%) auf 3,9 Mill. Personen. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen erhöhte sich damit von 9,1% im Jahr 2003 auf 9,3% im Berichtsjahr.

Im Jahresdurchschnitt 2004 nahm die Zahl der **Erwerbspersonen** (erwerbstätige Inländer und Erwerbslose) im Vergleich zum Vorjahr zu, und zwar um 213 000 Personen (+ 0,5%) auf 42,3 Mill. Personen, nach + 23 000 Personen (+ 0,1%) im Jahr zuvor.

Die **Arbeitsproduktivität**, gemessen als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2004 um 1,3%; je Arbeitsstunde gemessen stieg sie fast im gleichen Umfang und zwar um 1,2%. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war, dass im Vorjahresvergleich arbeitszeitvermindernde Einflüsse, wie vor allem die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung (insbesondere der Mini-Jobs), durch arbeitszeiterhöhende Effekte, wie die größere Zahl an Arbeitstagen, den Rückgang des Krankenstandes und den Anstieg der Nebenerwerbstätigkeit, leicht überkompensiert wurden.

2. Die Zahl der **registrierten Arbeitslosen** (nationale Abgrenzung) ist nach den jüngst veröffentlichten Daten der Bundesagentur für Arbeit im Jahresdurchschnitt 2004 kaum noch gestiegen. Mit rund 4,4 Mill. Arbeitslosen waren in Deutschland fast genau so viele Personen bei den Agenturen für Arbeit registriert wie ein Jahr zuvor.

Im Jahr 2004 haben insbesondere die **Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt** („Hartz-Gesetze I und II“: Ich-AGs und Mini-Jobs) sowie zuletzt auch die neue Initiative „Arbeitsmarkt im Aufbruch“ (im Vorgriff auf Hartz IV) den Anstieg der registrierten Arbeitslosen gedämpft. Zudem werden seit dem 1. Januar 2004 Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen – wie bisher schon alle übrigen Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik – gemäß § 16 Abs. 2 SGB III (Hartz III) nicht mehr zu den registrierten Arbeitslosen gezählt. Berücksichtigt man diese Änderung auch im Vorjahr, wäre die registrierte Arbeitslosigkeit nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Jahresdurchschnitt 2004 im Vergleich zum Vorjahr nochmals merklich um 93 000 Personen gestiegen. Die geänderte statistische Erfassung der registrierten Arbeitslosen wirkte sich nicht nur auf den Nachweis der Zahl der registrierten Arbeitslosen sondern auch auf andere Merkmale des Arbeitsmarktes, wie beispielsweise auf die Arbeitslosenquoten, die Leistungsempfänger und auch auf die Entwicklung von Stromgrößen wie beispielsweise Zugängen in, beziehungsweise Abgängen aus, registrierter Arbeitslosigkeit aus, so dass Vorjahresvergleiche daher nur eingeschränkt möglich sind.

Im September 2004 hat die Bundesagentur für Arbeit die Initiative „Arbeitsmarkt im Aufbruch“ gestartet. Durch dieses Programm sollten von den Agenturen für

Arbeit in enger Kooperation mit kommunalen Partnern und anderen regionalen Beschäftigungsträgern zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für Bezieher von Arbeitslosenhilfe erschlossen werden. Vorrangiges Ziel der Initiative ist die Erhaltung beziehungsweise Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen. Insgesamt sollten bis zum Jahresende 2004 etwa 100 000 Arbeitslosenhilfebeziehern Integrations- und Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden. Dieses Ziel hat die Bundesagentur für Arbeit weit übertroffen. Bis Ende Dezember 2004 haben 125 200 Arbeitslosenhilfebezieher eine Förderung im Rahmen der Initiative „Arbeitsmarkt im Aufbruch“ erhalten. Ein Schwerpunkt lag mit 68% der Förderung auf den so genannten **Zusatzjobs**. Dabei wird zusätzlich zur Arbeitslosenhilfe eine Mehraufwandsentschädigung gezahlt. Seit Beginn des Programms im September 2004 bis Ende Dezember 2004 haben 84 600 Arbeitslosenhilfebezieher eine solche Arbeitsgelegenheit aufgenommen. Weitere 18 000 Arbeitslosenhilfebezieher wurden durch die Programme „Jump Plus“ oder „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ gefördert und 22 600 Arbeitslosenhilfebezieher haben Sprachkurse zur Vermittlung von berufsbezogenen Deutsch-Sprachkenntnissen begonnen.

3. Häufig wird in der Öffentlichkeit vermutet, dass sich eine Veränderung der Zahl der **registrierten Arbeitslosen** in der Entwicklung der **Erwerbstätigkeit** widerspiegeln müsste. Tatsächlich ist dies nur zum Teil der Fall. Während einige arbeitsmarktpolitische Instrumente, wie beispielsweise die verstärkte Inanspruchnahme von Existenzgründungszuschüssen (Ich-AGs), im Jahr 2004 sowohl die Zahl der Erwerbstätigen um rund 154 000 Personen im Vergleich zum Vorjahr erhöhte und zugleich die registrierte Arbeitslosigkeit im gleichen Umfang verminderte, wirkten sich andere Reformen am Arbeitsmarkt nicht unmittelbar auf beide Größen aus. So kann auch die Erwerbstätigkeit steigen, ohne dass sich entsprechend die Zahl der registrierten Arbeitslosen reduziert. Dies ist etwa dann der Fall, wenn vermehrt Schüler, Studenten, Hausfrauen oder Rentner, die nicht als Arbeitslose bei den Agenturen für Arbeit registriert sind, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Häufig handelt es sich dabei um geringfügige Beschäftigungen (Mini-Jobs), bei denen Frauen sowie die Altersgruppen der Jüngeren und der Älteren überdurchschnittlich stark vertreten sind.

3 Erwerbslose und registrierte Arbeitslose

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes waren im Jahresdurchschnitt 2004 in Deutschland 3,9 Mill. Personen erwerbslos, 82 000 Personen oder 2,1 % mehr als im Jahresdurchschnitt 2003. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbsspersonen stieg von 9,1% im Jahr 2003 auf 9,3% im Jahresdurchschnitt 2004.

Die Zahl der **Erwerbslosen** wurde nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 ermittelt; die wiederum folgen den von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) aufgestellten Normen. Mit der Zahl der Erwerbslosen stellt das Statistische Bundesamt Schätzungen von international vergleichbaren Angaben über nicht erwerbstätige Arbeitssuchende in Deutschland zur Verfügung.

Die Erwerbslosen nach der internationalen Abgrenzung umfassen alle Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die

- ohne Arbeit sind, d. h. nicht eine Stunde pro Woche gearbeitet haben,
- verfügbar sind, d. h. innerhalb der beiden nächsten Wochen eine Arbeit aufnehmen können und
- während der vorhergehenden vier Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben.

Dagegen erfasst die Bundesagentur für Arbeit die bei den Arbeitsämtern **registrierten Arbeitslosen**. Diese Größe orientiert sich an der Definition für Arbeitslosigkeit in der deutschen Sozialgesetzgebung. Die Erwerbslosen sind teilweise weiter und teilweise enger abgegrenzt als die Arbeitslosen. So zählen zu den Erwerbslosen auch Personen, die nicht beim Arbeitsamt gemeldet sind und als Nichterwerbstätige auf andere Art eine abhängige Arbeit (z. B. über private Arbeitsvermittlungsstellen, Stellenanzeigen und eigene Bewerbung bei Arbeitgebern) oder eine selbstständige Tätigkeit suchen. Andererseits schließt Erwerbslosigkeit jegliche, noch so geringfügige Erwerbstätigkeit aus; registrierte Arbeitslose dürfen dagegen eine gelegentliche oder geringfügige Beschäftigung von weniger als 15 Stunden pro Woche ausüben. Letztere zählen nach dem ILO-Konzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen.

Im Jahresdurchschnitt 2004 lag die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland um 461 000 Personen niedriger als die Zahl der Arbeitslosen (rund 4,4 Mill. Personen). Angaben über die Erwerbslosigkeit nach der internationalen Abgrenzung der ILO werden für Deutschland bisher einmal jährlich im Rahmen des Mikrozensus (mit integrierter EU-Arbeitskräfteerhebung) erfragt. Auf Basis der in der Regel auf den April eines Jahres bezogenen Erwerbslosenzahlen der EU-Arbeitskräfteerhebung werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch Verknüpfung mit den monatlichen Angaben der Bundesagentur für Arbeit über registrierte Arbeitslose Jahresdurchschnittswerte nach dem ILO-Konzept geschätzt.

Zukünftig werden in monatlichen telefonischen Erhebungen ermittelte Erwerbslosenzahlen an die Stelle der bisher im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unter Einbeziehung der registrierten Arbeitslosen geschätzten Werte treten. Im September 2004 hat das Statistische Bundesamt – aufbauend auf einer 18-monatigen Piloterhebung und auf Basis der Erwerbsstatistikverordnung vom 10. Mai 2004 – mit der neuen Telefonerhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland“ begonnen. Im Auftrag des Statistischen Bundesamtes befragt ein Markt- und Sozialforschungsinstitut jeden Monat eine Stichprobe von 30 000 Personen im erwerbsfähigen Alter. Auf Grundlage dieser Erhebung wird das Statistische Bundesamt ab 2005 monatlich Daten zur Erwerbslosigkeit in Deutschland international vergleichbar entsprechend den Normen der ILO veröffentlichen. Nähere Informationen zu der neuen Erhebung bietet diese Broschüre unter Nr. 7 „Die neue ILO-Arbeitsmarktstatistik“ und im Internet unter <http://www.destatis.de/arbeitsmarkt>.

4 Einnahmen und Ausgaben des Staates

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes verzeichnete der Staat im Jahr 2004 ein **Finanzierungsdefizit** in Höhe von 84,5 Mrd. Euro, nach einem Defizit von 81,3 Mrd. Euro im Vorjahr. Die Zunahme des Defizits ergab sich aus einem stärkeren Rückgang der Einnahmen (-0,6%) im Vergleich zu dem der Ausgaben (-0,2%). Zum Defizit des Staates trugen der Bund mit einem Defizit von 53,7 Mrd. Euro und die Länder mit einem Defizit von 31,2 Mrd. Euro bei. Die Sozialversicherung hatte insgesamt einen nahezu ausgeglichenen Finanzierungssaldo (-0,12 Mrd. Euro), während die Gemeinden mit 0,6 Mrd. Euro einen leichten Überschuss verzeichneten. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug das Staatsdefizit im Berichtsjahr 3,9%. Die Quote lag damit über dem im Protokoll zum Maastrichtvertrag genannten Referenzwert von 3% des Bruttoinlandsprodukts.

Im Jahr 2004 hatte der Staat insgesamt **Einnahmen** in Höhe von 952,1 Mrd. Euro; das waren 0,6% weniger als im Vorjahr. Bei den Steuern (-0,1%), die rund die Hälfte der Einnahmen ausmachen, erhöhte sich das Aufkommen an Produktions- und Importabgaben zwar um 1,2%, dagegen verringerte sich das an Einkommensteuern um 1,7%. Mehr nahm der Staat im Berichtsjahr an Sozialbeiträgen (+0,4%) und an Vermögens-transfers (+8,5%) ein. Geringere Einnahmen als im Vorjahr hatte der Staat dagegen aus Verkäufen (-1,4%), an sonstigen laufenden Transfers (-6,2%) sowie an Vermögenseinkommen (-36,7%), letztere vor allem aufgrund der gegenüber dem Vorjahr deutlich geringeren Gewinnausschüttung der Deutschen Bundesbank (250 Mill. Euro; 2003: 4,3 Mrd. Euro) an den Bund.

Die **Ausgaben** des Staates (1 036,6 Mrd. Euro) nahmen 2004 um 0,2% gegenüber dem Vorjahr ab. Aufgeteilt nach Ausgabearten erhöhten sich die Käufe an Vorleistungsgütern um 1,5%, während die Aufwendungen für das Arbeitnehmerentgelt um 1,2% abnahmen. Die sozialen Sachleistungen waren – vor allem als Folge der Gesundheitsreform – um 1,1% gegenüber 2003 rückläufig. Als wichtigste Leistungsart der monetären Sozialleistungen an private Haushalte (+0,9%) wurden 0,7% mehr an Renten gezahlt. Die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung (-3,5%) waren insbesondere aufgrund der Entwicklung des Arbeitslosengeldes und des Unterhaltsgeldes niedriger als im Vorjahr. Dagegen nahmen die Ausgaben für Arbeitslosenhilfe (+12,4%), die sich an das Arbeitslosengeld (-1,4%) anschließt, aufgrund des starken Anstiegs der Zahl der Leistungsempfänger kräftig zu. Deutlich erhöhten sich auch die Aufwendungen für die Geldleistungen der Sozialhilfe (+9,7%). Die Ausgaben für Kindergeld (+0,1%) stagnierten dagegen nahezu. Unter den übrigen Ausgaben des Staates nahmen die sonstigen laufenden Transfers (+3,1%) und die geleisteten Zinsen (+0,4%) zu. Rückläufig waren dagegen die Aufwendungen für Vermögenstransfers (-6,9%), für Subventionen (-3,0%) sowie für Investitionen (-5,4%).

5 Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft

1. Das BIP enthält Schattenwirtschaft

Nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 fallen schattenwirtschaftliche Aktivitäten unter den Produktionsbegriff und sind somit in das BIP einzubeziehen. Es sind also auch solche Produktionstätigkeiten im BIP zu erfassen, die illegal ausgeübt werden oder den Steuer-, Sozialversicherungs-, Statistik- oder anderen Behörden verborgen bleiben. Selbstverrichtete Hausarbeit zählt nach internationalen Konventionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nicht zur Produktion.

Allerdings sind schattenwirtschaftliche Aktivitäten anders als „reguläre“ Wirtschaftstätigkeiten statistisch häufig schwieriger zu erfassen. In diesem Zusammenhang ergreift das Statistische Bundesamt verschiedene Maßnahmen, um ein möglichst vollständiges BIP zu ermitteln:

- Explizite Zuschläge werden vor allem in den Bereichen vorgenommen, für die nur in größeren zeitlichen Abständen Großzählungen (Handwerks- sowie Handels- und Gaststättenzählungen) vorliegen. Auch für Eigenleistungen am Hausbau oder für Trinkgelder werden Sonderrechnungen durchgeführt.
- Eine implizite Erfassung der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten erfolgt vielfach durch die Berechnungsmethode selbst. So wird die landwirtschaftliche Produktion anhand der angebauten Flächen und den jeweiligen Durchschnittserträgen ermittelt. Ebenso werden die Wohnungsmieten anhand des Bestandes an Wohnungen – untergliedert nach Größe und anderen Merkmalen – sowie den jeweiligen Quadratmetermieten errechnet. Ob und inwieweit die so berechneten und in die Größe des BIP eingehenden Einnahmen steuerlich deklariert werden, entzieht sich unserer Kenntnis und ist für die vollständige Erfassung derartiger Produktionstätigkeiten auch ohne Belang.

Die immer wieder zu hörende Behauptung, das BIP würde die so genannte Schattenwirtschaft nicht umfassen, ist also falsch.

2. Keine getrennte Schätzung der Schattenwirtschaft durch das Statistische Bundesamt

Das Statistische Bundesamt nimmt eigenständige, getrennte Schätzungen der so genannten Schattenwirtschaft in seinen VGR aus folgenden Gründen nicht vor:

- Vorrangiges Ziel für Gesamtrechner ist es, das wirtschaftliche Geschehen nach den Konzepten des ESVG 1995 möglichst vollständig abzubilden. Für die Vollständigkeit des BIP ist die Frage, ob eine Wirtschaftstätigkeit steuerlich erfasst wird oder nicht, ob sie legal oder illegal ist oder sonst im Verborgenen stattfindet, irrelevant.
- Es gibt keine internationale Definition für das Schlagwort Schattenwirtschaft. Manchmal wird sie mit Schwarzarbeit gleichgesetzt, ein anderes Mal sind Verkauf und Reparatur ohne Rechnungen oder Eigenleistung am Bau in den Begriff einbezogen und manchmal umfasst der Begriff sogar illegale, d.h. strafbare Aktivitäten. Aber auch wenn erhobene Statistiken Abschneidegrenzen aufweisen, ist dies ein Teil der statistisch nicht erfassten Wirtschaft.

- Die über die angewendeten Rechenverfahren implizit erfassten schattenwirtschaftlichen Aktivitäten müssten nachträglich aus dem BIP herausgerechnet werden, ohne dass über deren Umfang entsprechende Informationen vorliegen.
- Da wir Zuverlässigkeit, Objektivität und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit für entscheidende Merkmale amtlicher Statistik halten, erscheinen uns amtliche Zahlen über die Schattenwirtschaft als Widerspruch in sich.

3. Internationale Vergleichbarkeit der BIP-Zahlen

Da das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttonationaleinkommen in der Europäischen Union (EU) in hohem Ausmaß für administrative Zwecke genutzt werden (z.B. Zahlungen an den EU-Haushalt, Berechnung der Maastricht-Kriterien), hat die EU-Kommission das Recht, die Einhaltung der Vorschriften des ESVG 1995 durch die Mitgliedstaaten zu prüfen. Diese Vergleichbarkeitsprüfungen werden regelmäßig durchgeführt und betreffen auch die Frage der vollständigen Erfassung der Wirtschaftsaktivitäten. Nach der letzten Überprüfung teilte die Kommission Mitte des Jahres 1999 mit, dass sie keine Zweifel mehr an der Vollständigkeit der deutschen Angaben hat. Da dies inzwischen für alle übrigen Mitgliedstaaten erfolgt ist, können Inlandsprodukt und Nationaleinkommen (bisher Sozialprodukt) der EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf Vollständigkeit – also auch auf die Erfassung der Schattenwirtschaft – als vergleichbar angesehen werden.

6 Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) 2005

Eine grundlegende Überarbeitung der Ergebnisse der VGR findet in etwa fünf- bis zehnjährigen Abständen statt. Diese umfassenden Revisionen sind erforderlich, um

- neue, bislang nicht verwendete statistische Berechnungsgrundlagen einzubauen;
- neue Berechnungsmethoden anzuwenden;
- auf eine neue Preisbasis bzw. ein neues Referenzjahr überzugehen;
- neue Konzepte, Definitionen, Klassifikationen in das Rechenwerk einzuführen;
- die Darstellung zu modernisieren und gegebenenfalls neue Begriffe einzuführen.

Die letzte „große“ Revision der VGR fand im April 1999 mit der Einführung des revidierten Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 statt.

Am 28. April 2005 wird das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der umfassenden Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen veröffentlichen. Hierbei werden zunächst die Ergebnisse für Deutschland ab 1991 bereitgestellt. Rückgerechnete Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet ab 1970 sollen nach den derzeitigen Planungen im Jahr 2006 veröffentlicht werden.

Zu den wichtigen Inhalten der anstehenden Revision der VGR 2005 gehören neben dem Einbau neuer Berechnungsgrundlagen vor allem die Einführung der Vorjahrespreise, die Verwendung neuer Deflationierungsmethoden sowie die Neuregelungen bei der Berechnung und Verteilung der unterstellten Bankgebühr.

Der Einbau neuer Berechnungsgrundlagen führt zu einer besseren statistischen Fundierung in den betroffenen Wirtschaftsbereichen, kann aber wegen der ansonsten auftretenden Brüche in den Zeitreihen nicht in den laufenden Überarbeitungen erfolgen. Im Zuge der Revision der VGR 2005 wird die Dienstleistungsstatistik, die Statistik der Jahresabschlüsse öffentlich bestimmter Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen (ÖFEU), die Pflegestatistik, die Strukturhebungen im Bergbau, Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe neu in die Berechnungsgrundlagen integriert. Bei der Deflationierung werden hedonische Preisindizes (z.B. für PC und Gebrauchtwagen) sowie neue Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen erstmals vollständig berücksichtigt.

Eine wesentliche Änderung besteht in der Einführung von Vorjahrespreisen. Mit jährlich wechselnden Basisjahren werden die aktuellsten Gewichtungen in der Rechnung besser berücksichtigt als mit festen Basisjahren. Die Darstellung der so deflationierten revidierten Ergebnisse wird in den Veröffentlichungen der VGR künftig als Kettenindex mit dem Referenzjahr 2000 erfolgen. Alle Mitgliedstaaten der EU sind gesetzlich verpflichtet, zumindest für jährliche Berechnungen die neue Deflationierungsmethode zu benutzen. Die deutschen VGR werden Vorjahrespreise sowohl bei den Jahres- als auch den Quartalsberechnungen einführen.

Die unterstellte Bankgebühr, zukünftig als „Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)“ bezeichnet, wird im Rahmen der Revision einzelnen Verwendungszwecken (Vorleistungen, Konsum, Export) zugeordnet und nicht mehr als Vorleistung eines fiktiven Sektors gebucht. Die neue Buchungsweise ist EU-weit harmonisiert und somit von allen Mitgliedstaaten anzuwenden.

Die Auswirkungen der Revision auf Niveau und zeitliche Entwicklung der VGR Daten sind gegenwärtig noch nicht zu beziffern. Die Verteilung der FISIM auf Verwendersektoren wird das BIP tendenziell erhöhen, andere datenbedingte Änderungen deuten aber auf ein Absenken hin. Die Einführung der Vorjahrespreise und die vollständige Einarbeitung der vorliegenden hedonischen Preisindizes dürften sich bei der Veränderungsrate des BIP nur im Zehntel Prozentpunkt Bereich auswirken, bei einzelnen Aggregaten ist allerdings mit stärkeren Änderungen zu rechnen.

7 Die neue ILO-Arbeitsmarktstatistik

Das Statistische Bundesamt wird erstmals am 1. März 2005 für den Berichtsmonat Januar 2005 und von diesem Zeitpunkt an monatlich aktuelle international vergleichbare Daten zur Arbeitsmarktentwicklung veröffentlichen.

Die neue Statistik wird die absolute Zahl der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen in Deutschland sowie die Erwerbslosenquote insgesamt, nach alten und neuen Bundesländern, nach Geschlecht und zwei Altersgruppen sowie für die Bevölkerung ohne Schüler und Studenten bereitstellen. Außerdem werden die jeweiligen monatlichen Veränderungen und saisonbereinigte Werte Teil des Veröffentlichungsprogramms sein.

Diese neue Arbeitsmarktstatistik versteht sich als Ergänzung der monatlichen Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA), die wie gewohnt fortgeführt wird. Je nach Blickwinkel und Erkenntnisinteresse erfüllt jede der Statistiken, die regelmäßig am gleichen Tag veröffentlicht werden, wichtige Informationsbedürfnisse: Die von der BA publizierte Zahl der gemäß dem deutschen Sozialgesetzbuch registrierten Arbeitslosen bietet den Vorteil einer Vollerhebung von Geschäftsdaten der Arbeitsverwaltung, die sich durch hohe Vollständigkeit und tiefe wirtschaftliche und regionale Gliederung auszeichnet. Der besondere Vorteil der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten ILO-Arbeitsmarktstatistik liegt in der Vergleichbarkeit der Daten auf internationaler Ebene und auf Grund der gleich bleibenden Definitionen im intertemporalen Vergleich. Zudem sind durch die ILO-Arbeitsmarktstatistik zukünftig monatlich konsistente Angaben zu Erwerbstätigen und Erwerbslosen aus einem Begriffssystem verfügbar, so dass Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besser als bisher in ihrer Abhängigkeit voneinander betrachtet und analysiert werden können.

Der Name der neuen Statistik leitet sich daraus ab, dass sie dem von der International Labour Organization (ILO) entwickelten Labour-Force-Konzept folgt. Das ILO-Konzept ist auf Grund seiner großen Verbreitung und seiner Unabhängigkeit von nationalen Regelungen besonders gut für internationale Vergleiche der Erwerbsbeteiligung geeignet. Es handelt sich dabei um ein ökonomisches Messkonzept, das auf die Erfassung möglichst aller Erwerbstätigkeiten ausgelegt ist, unabhängig davon, wie groß deren jeweilige nationale Wertschöpfungsbeiträge sind. Deshalb werden auch marginale Beschäftigungsverhältnisse von nur geringem zeitlichem Umfang zu den Erwerbstätigkeiten gezählt.

Als erwerbstätig wird nach dem Labour Force Konzept eine Person im erwerbsfähigen Alter eingestuft, wenn sie in der Berichtswoche wenigstens eine Stunde gegen Bezahlung gearbeitet hat, selbstständig war oder mithelfend in einem Betrieb tätig war, der von einem Familienmitglied geführt wird. Als erwerbslos wird eine Person im erwerbsfähigen Alter gezählt, wenn sie nicht erwerbstätig ist und in den letzten vier Wochen aktiv nach einer Erwerbstätigkeit gesucht hat. Außerdem muss die Person innerhalb von zwei Wochen für eine neue Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen. Als Nichterwerbsperson werden alle Personen im erwerbsfähigen Alter gezählt, die weder erwerbstätig noch erwerbslos sind.

Als Hauptquelle der im Rahmen der ILO-Arbeitsmarktstatistik veröffentlichten Informationen dient eine monatliche Telefonerhebung. Im Auftrag des Statistischen Bundesamtes und auf Basis der Erwerbsstatistikverordnung (ErwerbStatV) vom 10. Mai 2004 befragt ein privates Sozialforschungsinstitut jeden Monat 30 000 zufällig ausgewählte Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 74 Jahren nach ihrer Erwerbstätigkeit und ihren Erwerbswünschen. Die Stichprobenziehung erfolgt durch die computergestützte Anwahl zufällig generierter Ziffernfolgen, so dass auch Festnetztele-

fonnummern, die nicht in amtliche Verzeichnisse eingetragen sind, eine Teilnahmechance haben. Jede durch das Verfahren ausgewählte Person soll – ihr Einverständnis vorausgesetzt – in sechs aufeinander folgenden Monaten interviewt werden.

Die Daten zur Erwerbslosigkeit stammen direkt aus der telefonischen Erhebung. Die Daten zur Erwerbstätigkeit werden aus der in das europäische System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingebundenen Erwerbstätigenrechnung (ETR) bezogen, für die die Telefonerhebung ebenfalls eine wichtige Quelle darstellen wird. Die Erwerbslosenquote stellt sich als Anteil von Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen (Summe der Erwerbstätigen und Erwerbslosen) dar.

Detaillierte Informationen über die neue ILO-Arbeitsmarktstatistik sind im Internet verfügbar unter <http://www.destatis.de/arbeitsmarkt>.